



STIFTUNGSRAT

Medienminister sucht ORF-Räte, FPÖ-Mann sieht Verfassungsverstoß bei Beitrag

Die FPÖ könnte neben Peter Westenthaler nun den ORF-Beitrag-kritischen Rechtsprofessor Christoph Urtz auf zweites Parteimandat schicken

Harald Fidler

18. April 2025, 08:34

71 Postings Später lesen

Das neue ORF-Gesetz ist nun verlautbart, Medienminister Andreas Babler (SPÖ) sucht Mitglieder für das oberste ORF-Gremium: Die Mandate der Regierung dürften in diesen Tagen ausgeschrieben werden, Parteien und Länder zur Nominierung aufgefordert werden. Auch Dreivorschläge für den ORF-Publikumsrat werden eingeholt. Bis Juni soll das oberste Entscheidungsgremium des ORF – nach einer kleinen Novelle stellenweise neu beschickt – komplett sein.



ORF-Logo vor dem ORF-Zentrum in Wien.

Harald Fidler

Zweiter blauer Beitragskritiker

Die FPÖ verdoppelt ihren Mandatsstand im Stiftungsrat ab Juni, wenn das oberste ORF-Gremium neu zusammentritt: Neben Peter Westenthaler kommt ein zweiter beitragskritischer Freiheitlicher in die Runde der 35 ORF-Aufseher. Nach STANDARD-Informationen hat die FPÖ den Finanzrechtsprofessor an der Uni Salzburg und Rechtsanwalt in Wien Christoph Urtz für ihr zweites Parteimandat im Stiftungsrat schon länger dafür nominiert.



WEIN & DESIGN

**Weinverkostung im Schloss
Grafenegg**

Im Rahmen der Living- und
Lifestylemesse von 16. bis 18. Mai
präsentieren die Wagram Winzer im
Schloss Grafenegg edle Weine. Das
Messticket wird dabei zum
Genussschein: denn die Weinverkostung
ist im Eintrittspreis inklusive. Jetzt
Tickets sichern!

WERBUNG

[

6AQwBEgDKAGjAPwA_QCLAEdAJKAYoA
6gCLwEiAKHAWwAvOBlgGXANZAeKA8c
CCYE3ioAEABRQAGADIALYBHC0AIBQ4D
xwAA.YAAAAAAAAAAAA&gdpr_pd=0&us
erid=7460644259462515723&sid=4429754&
kid=7259468&bid=22910222&c=37767&key
word=&clickurl=]

"Verstoß gegen Gleichheitsgrundsatz"

Was Urtz juristisch vom 2024 eingeführten ORF-Beitrag von allen hält, hat er in einem Beitrag für die *Österreichische Steuerzeitung* dargelegt. Er sieht einen Verstoß gegen den verfassungsrechtlich garantierten Gleichheitsgrundsatz, eine neue staatliche Beihilfe in einem Bundeszuschuss zum Beitrag und die Notwendigkeit, diesen Zuschuss von der EU-Kommission genehmigen zu lassen, Fachbegriff dafür: "notifizieren".

Urtz hat diese Position auch schon 2023 als Experte der FPÖ im Verfassungsausschuss vertreten

[<https://www.derstandard.at/story/3000000175497/experte-sieht-bei-orf-gesetz-probleme-mit-eu>] , als das neue ORF-Gesetz dort behandelt wurde.

Worum geht es bei Urtz' Bedenken gegen die Beitragsregelung?

Die Republik Österreich hat auf die GIS Umsatzsteuer verrechnet, mit der Umstellung auf die Haushaltsabgabe 2024 wurde darauf verzichtet. Mit dem Verzicht auf die Umsatzsteuer verlor der ORF aber für einen Großteil seiner Einnahmen – aus den Beiträgen – die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug in einem wesentlichen zweistelligen Millionenvolumen pro Jahr. Die Republik Österreich gilt dem ORF den entfallenen Vorsteuerabzug mit jährlich 70 Millionen Euro aus dem Bundesbudget ab.

Die Republik habe freiwillig auf Umsatzsteuer verzichtet, argumentiert Urtz in seinem Beitrag; weil sie sich in ihrem rechtlichen Charakter nicht wesentlich von der GIS unterscheide, wäre die Einhebung weiter möglich

gewesen. In der Ausnahme für den ORF von der Umsatzsteuerpflicht sieht er einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Bundesverfassung.

Die Kompensation der Republik für den Entfall des Vorsteuerabzugs wiederum sei eine neue staatliche Beihilfe und müsste deshalb von der EU genehmigt werden.

Der Gesetzgeber ging offenkundig bei der Formulierung des ORF-Gesetzes von einer anderen Rechtsposition aus.

Der FPÖ steht nach der Nationalratswahl 2024 als nun stimmenstärkste Partei im Nationalrat ein zweites Parteimandat im ORF-Stiftungsrat zu. Aber: Die Parteimandate im obersten ORF-Gremium werden formal von der Bundesregierung entsandt, und zwar nach bisherigem Usus nicht von einer, die die Geschäfte nur weiterführt.

Bis zur Angelobung der neuen Regierung von ÖVP, SPÖ und Neos dauerte es bis Anfang März. Und deren Regierungsmehrheit hat gleich einmal eine rasche Novelle der Besetzungsregeln für den Stiftungsrat beschlossen. Der Verfassungsgerichtshof hatte die alten Bestimmungen als verfassungswidrig regierungsnah mit Wirkung vom 31. März 2025 aufgehoben. Bis Juni müssen nun der gesamte ORF-Stiftungsrat und der ORF-Publikumsrat neu beschickt werden.

Die neue Regierung hätte den zweiten Stiftungsrat der FPÖ für die März-Sitzung des obersten ORF-Gremiums entsenden können, beließ es aber zum Ärger der Freiheitlichen vorerst bei den bisher zwei Parteimandaten der ÖVP. Mit der Novelle werde ohnehin neu beschickt.

Nach der Novelle müssen nun alle Entsender in den Stiftungsrat – Parteien, Bundesregierung, Bundesländer und ORF-Betriebsrat – neu nominieren. Der ORF-Publikumsrat entsendet nun neun Mitglieder in den Stiftungsrat, das zweite ORF-Gremium muss sich nun aber auch erst konstituieren. 14 Publikumsräte entsenden Kammern, Kirchen, Gewerkschaftsbund, Sozialversicherungsverband sowie Parteiakademien direkt; für weitere 14 müssen repräsentative Organisationen gesellschaftlicher Gruppen Dreieivorschläge an den Medienminister machen; die Bundesregierung entscheidet über die Auswahl dieser 14.

Mehr Rot, weniger Schwarz

Absehbares Ergebnis der Neubesetzung im Stiftungsrat nach "Freundeskreisen", wie politische Fraktionen der laut Gesetz unabhängigen und weisungsfreien Mitglieder des ORF-Stiftungsrat genannt werden:

- Die SPÖ könnte stärkste Fraktion werden, je nach Berechnungsmodus etwa nicht direkt der SPÖ zuzuordnender Mandate des ORF-Betriebsrats, wohl auf Augenhöhe mit der bisher stärksten Fraktion der ÖVP-nahen Stiftungsräte.
- SPÖ und ÖVP könnten ohne den jeweils anderen größeren Regierungspartner durchaus auf Mehrheiten im Stiftungsrat kommen, wenn sie kleinere Fraktionen und Unabhängige gewinnen.

In Koalitionen war es bisher üblich, dass die Kanzlerpartei ein, vorsichtig formuliert, starkes Vorschlagsrecht für den ORF-Generaldirektor oder die ORF-Generaldirektorin hat; die nächstkleinere Partei in der Koalition nominiert üblicherweise Vorsitzende des ORF-Stiftungsrats. Die Stimme des oder der Vorsitzenden entscheidet bei Stimmengleichstand im Stiftungsrat.



A1

In die Zukunft Österreichs investieren

Rund 89 Prozent der Österreicher:innen über 15 Jahren besitzen ein Smartphone. Jede Nutzung entscheidet, ob Österreich von der Digitalisierung profitiert oder abgehängt wird. A1 Kund:innen leisten dabei einen wertvollen Beitrag. Erfahre jetzt wie!

WERBUNG

[https://ad1.adfarm1.adition.com/redi?
lid=7497260547925476561&gdpr=1&gdpr_c
onsent=CQLUvgAQLUvgAAGABCENBXFs
AP_gAEPgAACyJoJR5CpUTWlAIHp1QIsE
eIUW19AjAEAgAAABAIABAAAAYIQCoW
EgIAQABAACAIAIAABAABEGAAABEAA
QAAAACCAACAAAAIICBAAAMBAAAA
AAgJEAAAEAAIgAAIAAQAkAgACEKEAF
AAQIAAAgAAgAAAAAABAAMABAgQB
AAAAAAAAAAAgABAAAAAAAAAAAAAIA
AAAAAAAAAAAAAAAAABAEeb4CgACgA
LgAkAB-
AEcANAAjgCEAEcAJEATQA_oCPQExALo
AX-
AwQBkIDPAI3gGhIEAACwAKgAcAA8ACA
AF8AMgAoACIAEwAN4AegA_ACEgEMAR
IAjgBNADKgh4AfoBFACNQEIASUAxQBx
AEiAKHAUeAtgBeYDLgGsgPHAgmEAAGe
cHQHwAFgAVAA4ACAAAF8AMgAoACIAE
wAMQAbwA9AB-
gEMARIAmgBIADRGH4AfsBFAEWgI6Ako
BigDiAHUAREAkQBQ4CjwFsALzgZYBlwD
xwJvDgAIBHCEAkABYAYgA3gB6AEcARQ
AxQB1AHjkQAICYiAAEAjhKAeAAsADgA
RAAmABigEMARIAjgB-
AGKAOoAi8BlgCjwFsALzJAAGCOAMsKQ
HgAFgAVAA4ACAAGgARAAmABSADeAH
6AQwBEgDKAGjAPwA_QCLAEdAJKAYoA
6gCLwEiAKHAWwAvOBIGXANZAeKA8c
CCYE3ioAEABRQAGADIALYBHCoAIBQ4D
xwAA.YAAAAAAAAAAAA&gdpr_pd=0&us
erid=7460644259462515723&sid=4429762&
kid=7268280&bid=22747272&c=1302&key
word=&clickurl=]

Der Vorsitz im Stiftungsrat könnte etwa den bisherigen Fraktionssprecher der Sozialdemokraten im Stiftungsrat, Kommunikationsberater Heinz Lederer, interessieren.

- **Update:** Es sieht nicht nach Zufall aus, dass Matthias Euler-Rolle am Tag des Inkrafttretens der ORF-Novelle am 19. April 2025 in einem Gastkommentar im *Kurier* seine Vorstellungen darlegt, was der ORF besser machen könnte. Euler-Rolle war Moderator und Redakteur im ORF und Privatradio, Pressesprecher des damaligen Kanzlers und SPÖ-Chefs Werner Faymann, später Partner bei Immobilienunternehmen Faymanns, Berater und Buchautor.*

Die ÖVP dürfte auf ihrem Parteimandat wieder Thomas Zach in den Stiftungsrat schicken, er ist Sprecher der bisherigen Mehrheitsfraktion ÖVP im Stiftungsrat und Unternehmensberater. Ewald Aschauer, Professor und Experte für Unternehmensrechnung und Revision an der WU Wien, hatte bisher das zweite Parteimandat der ÖVP, das nun an die FPÖ geht. Er könnte über ein anderes Mandat etwa der Regierung wieder in den Rat kommen.

Die Neos entsenden bisher auf ihrem Parteimandat die Medienberaterin Anita Zielina. Sie schreiben die Mandate aus.

Die Grünen könnten wieder auf den aktuellen Stiftungsratsvorsitzenden Lothar Lockl setzen, derzeit auf dem Parteimandat im Stiftungsrat*, aber auch andere Namen sollen noch im Rennen sein. Eine Entscheidung soll noch ausstehen.

Im Regierungsprogramm haben die Koalitionspartner die Mandate der Regierung im Stiftungsrat im Schlüssel drei (ÖVP) zu zwei (SPÖ) zu eins (Neos) aufgeteilt. Die neun Mandate im Publikumsrat sollen sie sich nach STANDARD-Informationen im Schlüssel 4:4:1 aufteilen, Bestätigungen dafür stehen aus.

Was tut der ORF-Stiftungsrat?

Der ORF-Stiftungsrat bestellt mit einfacher Mehrheit die ORF-Führung (Generaldirektor/Generaldirektorin, Direktorinnen, Landesdirektoren), das nächste Mal Mitte 2026. Das ORF-Gremium beschließt jährliche ORF-

Budgets, Programmschemata und trifft grundlegende unternehmerische Entscheidungen. Wenn die Höhe des ORF-Beitrags gerade nicht, wie derzeit bis 2029, vom ORF-Gesetz bestimmt wird, beschließt der Stiftungsrat auch diese.

Was bekommen Stiftungsräte?

Stiftungsräte bekommen für ihre Tätigkeit eine Art Aufwandspauschale von 50 Euro pro Monat. Pro Sitzung erhalten einfache Räte 100 Euro, der oder die Vorsitzende 200 Euro, der oder die Vize 150 Euro. Das Plenum tagt üblicherweise vier- bis fünfmal pro Jahr, dazu kommen Ausschüsse. Stiftungsräte haften laut dem Gesetz für ihre Entscheidungen im obersten ORF-Gremium.

Was dürfen Stiftungsräte nicht?

Das ORF-Gesetz schließt aktive oder ehemalige Politikerinnen, Parteifunktionäre sowie Kabinetts- und Klubmitarbeiterinnen bis zu vier Jahre nach ihrer politischen Tätigkeit von Mandaten im Stiftungsrat aus. Ausgeschlossen sind auch Gesellschafter sowie Angestellte von Medienunternehmen und dem ORF (bis auf fünf Mandate des ORF-Betriebsrats). Stiftungsräte sind in ihrer Tätigkeit unabhängig von ihren Entsendern und dem wirtschaftlichen Wohl des ORF verpflichtet.

Wer bestimmt die Stiftungsräte? Der neue Schlüssel:

- Bundesregierung: 6 Mandate
- Bundesländer: 9 Mandate
- Parteien: 6 Mandate
- ORF-Betriebsrat: 5 Mandate
- ORF-Publikumsrat: 9 Mandate

Wer bestimmt die Publikumsräte?

Im ORF-Publikumsrat besetzen Kammern, katholische und evangelische Kirche, ÖGB, Sozialversicherungsverband sowie Parteiakademien (der Parteien im Nationalrat) 14 Mandate. Für die anderen 14 Mandate schicken repräsentative Organisationen gesellschaftlicher Gruppen Dreieuvorschläge, aus denen die Bundesregierung auswählt. Die Organisationen sollen laut dem Gesetz Hochschulen, Bildung, Kunst, Sport, Jugend, Schüler und Schülerinnen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Eltern beziehungsweise Familien, Volksgruppen, Touristik, Kraftfahrer, Konsumenten und Umweltschutz vertreten.

Was tut der Publikumsrat?

Er soll die Anliegen des Publikums gegenüber dem ORF, seiner Führung und seinen Mitarbeiterinnen vertreten. Wichtigste Kompetenz: Entsendung von neun Stiftungsräten.



AVL

AVL

Die Technische Mathematikerin Michaela Unterwiesinger ist als Senior Data Analyst bei AVL in Graz tätig – sie verbindet modernste mathematische Modelle mit praxisnahen Anwendungen.

WERBUNG

[https://ad1.adfarm1.adition.com/redi?
lid=7497260547925542097&gdpr=1&gdpr_c
onsent=CQLUvgAQLUvgAAGABCENBXFs
AP_gAEPgAACyJoJR5CpUTWIAIHp1QIsE
eIUW19AjAEAgAAABaIABAAAAYIQCoW
EgIAQABAACAAIAIAABAABEGAAABEAA
QAAAACCAAACAAAIIICBAAAMBAAAA
AAgJEAAAEAAIgAAIAAQAkAgACEKEAF
AAQIAAAgAAgAAAAAABAAMABAgQB
AAAAAAAAAAgABAAAAAAAAAAAAAIA
AAAAAAAAAAAAAAAAABAEeb4CgACgA
LgAkAB-
AEcANAAjgCEAEcAJEATQA_oCPQExALo
AX-
AwQBkIDPAI3gGhIEAACwAKgAcAA8ACA
AF8AMgAoACIAEwAN4AegA_ACEgEMAR
IAjgBNADKgH4AfoBFACNQEIASUAxQBx
AEiAKHAUeAtgBeYDLgGsgPHAgmEAAGe
cHQHwAFgAVAA4ACAAAF8AMgAoACIAE
wAMQAbwA9AB-
gEMARIAmgBIADRGH4AfsBFAEWgl6Ako
BigDiAHUAREAkQBQ4CjwFsALzgZYBlwD
xwJvDgAIBHCEAkABYAYgA3gB6AEcARQ
AxQB1AHjkQAICYiAAEAjhKAeAAsADgA
RAAmABigEMARIAjgB-
AGKAOoAi8BlgCjwFsALzJAAGCOAMsKQ
HgAFgAVAA4ACAAGgARAAmABSADeAH
6AQwBEgDKAGjAPwA_QCLAEdAJKAYoA
6gCLwEiAKHAWwAvOBIGXANZAeKA8c
CCYE3ioAEABRQAGADIALYBHCoAIBQ4D
xwAA.YAAAAAAAAAAAA&gdpr_pd=0&us
erid=7460644259462515723&sid=4429763&
kid=7006610&bid=22868940&c=58334&ke
yword=&clickurl=]

Neuer Publikumsrat bis 5. Juni, Stiftungsrat am 16.

Der neue ORF-Publikumsrat soll nun am 5. Juni zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten und seine nun neun statt bisher sechs Vertreter mit einfacher Mehrheit in den Stiftungsrat entsenden.

Der Stiftungsrat soll sich nach aktueller Planung am 16. Juni konstituieren. Ziemlich genau ein Jahr, bevor der nächste Vorsitzende des Stiftungsrats die Position des ORF-Generaldirektors oder der Generaldirektorin ab 2027 ausschreibt. (Harald Fidler, 18.4.2025, nach Erscheinen vor 9.00 Uhr noch ergänzt.)

** **Korrektur:** Das Parteimandat der Grünen hat derzeit Lothar Lockl, in einer ersten Version wurde es irrtümlich Sigrid Pilz zugeordnet. Und Werner Faymann war natürlich nie ÖVP-Chef, sondern Vorsitzender der SPÖ.*

Mehr zum Thema

Limit für ORF-Beitrag und Reparatur der ORF-Gremien beschlossen

[<https://www.derstandard.at/story/3000000263130/limit-fuer-orf-beitrag-und-reparatur-der-orf-gremien-beschlossen>]

Neos sehen in ORF-Novelle nur "ersten Schritt" zu größerer Reform

[<https://www.derstandard.at/story/3000000262998/neos-sehen-in-orf-novelle-nur-ersten-schritt-zu-groesserer-reform>]

ORF-Einnahmen aus Beitrag bis 2029 doch auf 710 Millionen Euro pro

Jahr beschränkt [<https://www.derstandard.at/story/3000000262870/orf-einnahmen-aus-beitrag-bis-2029-doch-auf-710-millionen-euro-pro-jahr-beschraenkt>]

Eingefrorener ORF-Beitrag kostet ORF weitere 220 Millionen Euro, sagt General Weißmann [https://www.derstandard.at/story/3000000260178/eingefrorener-orf-beitrag-kostet-orf-weitere-220-millionen-euro-sagt-general]

Wie finden Sie den Artikel? 14 Reaktionen



3 informativ

1 hilfreich

2 berührend

8 unterhaltsam

Eine Investition in die Zukunft!

Eine Bundeskanzlerin, Klimaneutralität und Weltfrieden – niemand weiß, welche Nachrichten die Zukunft bringt. Doch eines steht schon heute fest: Damit DER STANDARD Sie auch weiterhin umfassend informieren kann, bedarf es Ihrer regelmäßigen Unterstützung.

💛 Sie fördern und sichern die redaktionelle Unabhängigkeit des STANDARD.

💛 Sie unterstützen kritischen Qualitätsjournalismus.

💛 Sie erhalten keine Pop-ups mit Unterstützungsaufrufen.

💛 Sie erhalten persönliche Mails aus der Redaktion und können sich im Forum als Unterstützer:in auszeichnen.

💛 Sie erhalten exklusiven Zugang zu „DER STANDARD im Gespräch“.

Investieren Sie in die Zukunft des STANDARD! Ihr regelmäßiger Beitrag sichert den Qualitätsjournalismus von heute, morgen und übermorgen.

Jetzt unterstützen

© **STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2025**

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.